



**SPD Flörsheim am Main**  
Wickerer Str. 82a  
65439 Flörsheim am Main

g-mehler@t-online.de  
Telefon: 01751857437

Flörsheim am Main, den 9. März 2020

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

### **Flörsheimer SPD zu jüngsten Erklärungen Deponieerweiterung anscheinend gescheitert**

Aufgrund der jüngsten Erklärungen – unter anderem von Landrat Cyriax – geht man bei der Flörsheimer SPD davon aus, dass die geplante Erweiterung der Wickerer Deponie gescheitert ist. „Die massiven Proteste aus der Bürgerschaft, die kritische Haltung städtischer Gremien und auch die sehr frühzeitige Ablehnung des Vorhabens durch die Flörsheimer SPD haben offensichtlich zu einem Sinneswandel geführt. In den letzten Wochen hat sich darüber hinaus gezeigt, dass die von der RMD genannten Sachzwänge für eine Deponieerweiterung nicht stichhaltig sind. So hat sich herausgestellt, dass zur Erweiterung der benachbarten Wiesbadener Deponie gleich drei Genehmigungsverfahren laufen und Wiesbaden durchaus zur Zusammenarbeit bereit ist. Es hat sich auch bestätigt, dass die geologischen und ökologischen Voraussetzungen in Wicker mehr als problematisch sind, und die bereits 2005 versprochene und beantragte Stilllegung der Deponie richtig und konsequent war“, erklärte die Wickerer SPD-Stadtverordnete Katharina Adam.

Auch wenn die Sozialdemokraten die Erklärungen von Landrat Cyriax begrüßen, folgten diese einer „offensichtlich ziemlich späten Einsicht“. Immerhin vertrete der Landrat nicht nur den Gesellschafter Main-Taunus-Kreis, sondern gehöre auch den Aufsichtsräten der RMD-Firmengruppe an. Die Beschlüsse in den Gremien der RMD habe er offenbar mitgetragen, da sie wohl kaum gegen seinen Widerstand möglich gewesen seien.

Die Geschäftsführung der RMD und die Aufsichtsratsvorsitzende Madlen Overdick seien wohl vorgeschickt worden, um „das Minenfeld zu erkunden“. „Es ist schon seltsam, was die Grünen im Main-Taunus-Kreis, die ja eigentlich als erste gegen die Deponieerweiterung hätten sein müssen, mit sich alles machen lassen und wie sich eine grüne Kreisbeigeordnete vorführen lässt“, heißt es in der Presseerklärung der Flörsheimer SPD.

Auch die Rolle der Flörsheimer CDU und ihres Koalitionspartners GALF sehen die Sozialdemokraten kritisch: „Sie haben aus falsch verstandener Verbundenheit zu ihren Kreispolitikern zunächst versucht, einen Ablehnungsbeschluss im Flörsheimer Stadtparlament zu verhindern“, heißt es in der SPD-Erklärung abschließend.